

Dittrich, Erich

Article — Digitized Version

Die deutschen Notstandsgebiete, eine Aufgabe der Raumpolitik

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Dittrich, Erich (1952) : Die deutschen Notstandsgebiete, eine Aufgabe der Raumpolitik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 32, Iss. 1, pp. 29-36

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131451>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Die deutschen Notstandsgebiete, eine Aufgabe der Raumpolitik

Dr. Erich Ditttrich, Bad Godesberg

Die deutschen Notstandsgebiete zu sanieren, ist eine Aufgabe, die in zwei große Teile zerfällt, einen strukturellen und einen regionalen. Einmal muß entschieden werden, wie die Notstandsgebiete in das Gefüge der deutschen Wirtschaft eingegliedert werden sollen. Zum ändern muß festgestellt werden, welche räumlichen Schwerpunkte gebildet, welche zurückgebliebenen Gebiete entwickelt werden sollen. Die erste Entscheidung hat die allgemeine Sozial- und Wirtschaftspolitik zu treffen, die zweite die Raumordnung oder besser: die Raumpolitik. Beide Fragenkomplexe sind aufs engste miteinander verknüpft, und wenn hier von erster und zweiter Entscheidung gesprochen worden ist, so soll das keinen Vorrang bedeuten. Man kann die eine Aufgabe und ihre Lösung nicht von der anderen trennen. Strukturelle Fragen werden durch regionale Rücksichten beeinflusst und umgekehrt.

Die RAUMLICHE UND STRUKTURELLE UNAUSGEGLICHENHEIT DER BUNDESREPUBLIK

Diese Feststellungen haben nichts allgemein Gültiges an sich. Es ist durchaus möglich, und die Zeiten sind für Deutschland keineswegs so fern, daß Sanierung von Notstandsgebieten Randerscheinungen der Sozial- und Wirtschaftspolitik sind. Wenn auch in der Literatur der dreißiger Jahre die Fragen der Beseitigung von Notstandsgebieten immer wieder erörtert worden sind, so darf dies doch nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Gefüge der deutschen Wirtschafts- und Sozialordnung im Grunde feststand und es sich um mehr oder minder große Reparaturarbeiten handelte. Heute ist strukturell und regional keine Ausgeglichenheit mehr vorhanden. Die Wirtschaft der Bundesrepublik ist ein künstliches Gebilde, solange sie der gesamtdeutschen Einheit entbehren muß. Ihre strukturelle Ausgeglichenheit anzustreben, ist wohl aufgegeben, aber es ist klar, daß diese Aufgabe, unter der unabwiesbaren Voraussetzung des Sonderdaseins der Bundesrepublik angepackt, mit tausend Vorbehalten belastet, keine endgültige und befriedigende Lösung finden kann. Der Torso aber, von dem die Neuordnung auszugehen hat, weist tiefgreifende Wandlungen gegenüber der Vorkriegszeit auf, er ist verstümmelt und durch das Hineinpressen von rund 9 Millionen Flüchtlingen übervölkert. Schließlich findet er sich in eine sehr veränderte allgemeine politische und wirtschaftliche Weltituation hineingestellt. Alle diese Momente belasten die Aufgabe, einen neuen Sozial- und Wirtschaftsaufbau zu vollziehen, außerordentlich und verleihen ihm von Anfang an einen provisorischen und fragmentarischen Charakter. Dies gilt auch für die besondere Aufgabe der Sanierung der Notstandsgebiete.

Denn der strukturellen entspricht eine große räumliche Unausgeglichenheit. Auch das ist eine folgenschwere Belastung, die das frühere Deutschland in der Form nicht gekannt hatte. Gerade weil die Bundesrepublik in ihrem gegenwärtigen Umfang nur ein Teilstück des alten Reiches darstellt, fallen die großen Unterschiede zwischen Räumen, die man mit gewissen Einschränkungen als wirtschaftlich gut situiert bezeichnen kann, und den Notstandsgebieten so stark auf. Es fehlen gewiß nicht ganz die ausgleichenden Landschaften; aber in der wirtschaftlichen Dynamik treten sie hinter den Extremen zurück. Gewissen erwerbsgünstigen, finanziell kräftigen Kernräumen wie im wesentlichen Nordrhein-Westfalen, Württemberg, dem Rhein-Main-Gebiet und einigen süddeutschen Industrieinseln treten einmal in einer breiten Randzone, wohl an der Nordseeküste ansetzend, aber erst weiter östlich von Flensburg bis Passau längs des Eisernen Vorhanges sich lagernd, Gebiete mit einem überdurchschnittlichen wirtschaftlichen und sozialen Notstand gegenüber. Es sind vorwiegend Agrargebiete, die teilweise, wie der Bayerische Wald, schon lange vor dem Kriege wirtschaftlich schwach und auch notleidend waren. Als besonders kennzeichnend für diese Randzone mit ihren Elendsgebieten sind die schweren Belastungen aus dem unglücklichen Ausgang des letzten Krieges und seinen Folgewirkungen hervorzuheben: Überlastung mit Flüchtlingen, Kriegsschäden, verhängnisvolle Auswirkungen der Zonengrenze. Sie haben viele früher durchaus gesunde Landschaften zu Notstandsgebieten werden lassen.

Diesem sehr einprägsamen Notgürtel am Rande des Eisernen Vorhanges entsprechen ungefähr einige Grenzzonen an der westlichen Bundesgrenze, z. B. die Rote Zone, die durch besonders starke Kriegseinwirkungen getroffen worden sind. Eine Sonderstellung nimmt das Emsland ein. Aber zwischen beide Grenzzonen schiebt sich von Ost nach West, den Mittelgebirgen folgend, eine Kette alter Notstandsgebiete: Rhön, Vogelsberg, Westerwald, Hunsrück, Eifel.

Schon dieser kurze Überblick über die wesentlichsten Gebiete wirtschaftlichen und sozialen Notstandes in der Bundesrepublik läßt erkennen, daß es sich räumlich um nicht unbeträchtliche Flächen handelt und daß deren Lage die möglichen Spannungen und Gefahren ganz besonders schwerwiegend gestalten muß. Es ist also ein auch politisch sehr ernstes Problem, das der deutschen Wirtschafts- und Raumpolitik damit aufgegeben worden ist: eine wirtschaftliche und soziale Sanierung in Formen eines strukturellen und räumlichen Ausgleichs. Eine Aufgabe solchen Ausmaßes kann unmöglich den einzelnen betroffenen Ländern

überlassen bleiben. Wie sollte Schleswig-Holstein, das insgesamt Notstandsgebiet ist, sich aus eigener Kraft sanieren können! Was allgemeine Kriegsfolge ist, und der wesentliche Teil der Ursachen ist darauf zurückzuführen, kann nur von der Gesamtheit, d. h. vom Bunde her, einer Lösung nahegebracht werden.

MERKMALE DER NOTSTANDSGEBIETE

Die Mannigfaltigkeit der Notstandsgebiete und die strukturellen Momente haben eine Reihe neuer Merkmale dem alten, klassischen Arsenal der Notstandssymptome hinzugefügt. In einer der ersten Veröffentlichungen aus dem Kreise der früheren Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumpolitik kann man beispielsweise lesen, daß Notstandsgebiete Landschaften sind, die einmal unter der durchschnittlichen deutschen Bevölkerungsdichte besiedelt sind, die ferner dieser dünnen Bevölkerung nur eine unterdurchschnittliche Lebenshaltung abwerfen, die infolgedessen die auf diese Bevölkerung entfallende Volksentwicklung nicht zu erhalten und im Raum zu halten und zu beschäftigen vermögen und aus allen diesen Gründen beim Reiche als Bettler und Wohlfahrtsempfänger seit langem anstehen. So versuchte man noch 1938, die rückständigen Bergländer im Westen, Hunsrück und Eifel, zu charakterisieren. Heute hat man in Kreisen der mit diesen Fragen betrauten Bundesressorts einen Katalog von Merkmalen aufgestellt, der folgende Hauptgesichtspunkte umfaßt:

- a) Notstandsarten natürlicher Art wie dauernde Gefährdung durch Naturereignisse, z. B. Hochwasser, Sturmflut, Trockenheit;
- b) Notstände technischer und materieller Art wie schlechte Verkehrsausstattung, miserable Wohnungsverhältnisse, Rückständigkeit in Industrie und Landwirtschaft;
- c) Notstände wirtschaftlicher Art wie die allgemeine Übervölkerung, aber auch niedrige Erträge je Erwerbstätigen, unterdurchschnittliche Einkommen, hohe strukturelle Arbeitslosigkeit;
- d) soziale Notstände wie Vorherrschen einer besitzlosen Masse ohne Rückhalt und Ausweichmöglichkeiten in Krisenzeiten;
- e) besondere Notstände, die unter gewissen Verhältnissen alle wesentlichen Lebensbereiche durchdringen können, wie gesundheitliche und moralische Übel, Zuspitzung politischer Gegensätze, Entstehen sozialer Unruheherde, grenzbedingte Nachteile, kulturelle Rückständigkeit u. dgl.

Ein solcher Katalog kann einen Zweck erfüllen, und der war auch mit seiner Aufstellung beabsichtigt, er kann Abgrenzungen der Notstandsgebiete ermöglichen. Es ist darüber zu diskutieren, welche dieser Merkmale man statistisch so scharf fassen kann, um sie einer Abgrenzung in concreto zugrunde zu legen, ob man die Statistiken der landwirtschaftlichen Einheitswerte, der Arbeitslosigkeit, der Steuerkraft usw. heranziehen kann und wie groß der jeweilige Aussagewert der einzelnen Statistik ist. Diese praktisch wich-

tigen Fragen interessieren für die folgenden, mehr grundsätzlichen Ausführungen weniger. Wichtiger ist, eine Klassifizierung nach den Ursachen der Notstände, die wirklich für die strukturellen und regionalen Aufgaben entscheidend sind, zu versuchen. Denn man hat nicht die Symptome zu beseitigen, sondern die Ursachen, wenn man ernstlich eine Sanierung will. Jene Kreise der Bundesressorts haben danach unterschieden:

- a) die durch Kriegsfolgen übervölkerten Gebiete („neue Notstandsgebiete“),
- b) die funktionsgeschwächten Schadensgebiete mit hochgradiger Unterversorgung,
- c) die langfristig agrarisch übervölkerten Rückstandsgebiete („alte Notstandsgebiete“).

Die Typen finden sich teils rein, teils gemischt. So sind z. B. die alten Notstandsgebiete durch Kriegsfolgen zusätzlich übervölkert worden, es hat hier also eine Kumulierung der Notstandsursachen stattgefunden. Das Leben mischt die einzelnen Ursachen und füllt das so einfach erscheinende Wort Notstandsgebiet stets mit neuen Inhalten. Soll der Begriff nicht als ein von der Wirklichkeit abstrahierter erscheinen, so kann er nur ein historisch geprägter, d. h. jeweils auf besondere einmalige Verhältnisse bezogener sein. Von all diesen Erwägungen ausgehend, ist man von Seiten des Bundes zu folgender Zusammenfassung derjenigen Notstandsgebiete gekommen, auf die sich die Hilfsmaßnahmen der Bundesregierung erstrecken sollen:

1. Bayerischer und Oberpfälzer Wald,
2. Frankenwald und die bayerischen Teile des Thüringer Waldes,
3. Hochrhön,
4. Vogelsberg,
5. Teile von Nordhessen,
6. Oberharz,
7. Watenstedt-Salzgitter insgesamt,
8. Elbe-Jetzel,
9. Schleswig-Holstein insgesamt,
10. Wesermarsch, Wilhelmshaven, Friesland,
11. Eifel,
12. Hunsrück,
13. weitere kriegszerstörte landwirtschaftliche Gebiete an der Westgrenze (Rote Zone),
14. Hotzenwald.

Die Einteilung geht dabei kreisweise vor und sucht stets die eigentlichen Notstandsherde zu erfassen, also von der Eifel beispielsweise die Landkreise Prüm, Daun und Teile der Kreise Bitburg, Ahrweiler und Mayen, vom Hunsrück den Kreis Birkenfeld u. ä. Das Institut für Raumpolitik hat in seinen „Informationen“, 1951, eine Reihe von Einzeldarstellungen verschiedener Notstandsgebiete gebracht. Auf diese Beiträge sei hier verwiesen.

MITTELWAHL UND MITTELEINSATZ

Der Vielseitigkeit und Neuheit der einzelnen Notstandsursachen kann, das dürfte ohne weitere Erörterung einleuchten, nicht allein mit den alten Mitteln begegnet werden. Die Mittelwahl ist einmal eine Angelegenheit der jeweiligen Wirtschaftsordnung. Einer

Zwangswirtschaft stehen ganz andere Möglichkeiten zu Gebote als einer freien Wirtschaft, in der vom Staate nur mit der leichten Hand lenkend eingegriffen werden kann. Ganz abgesehen davon, daß in einer Zwangswirtschaft der Fall der Notstandsgebiete einen anderen Akzent erhält. Gegeben sind sie aber auch dort, und ein Land wie Mecklenburg dürfte in vielem mit Schleswig-Holstein parallele Erscheinungen aufweisen. Doch ist eine der bemerkenswertesten Eigenschaften der Sanierungsmöglichkeiten, unbeschadet der jeweils gegebenen Wirtschaftsordnung, die Substitution der einzelnen Mittel. Soziale Notstände können durch ökonomische Sanierung beseitigt werden, landwirtschaftlicher Notstand durch gewerblichen Ausbau, gewerblicher Rückstand durch verbesserte Verkehrsmöglichkeiten usw. Diese Art der Substitution der Sanierungsmittel ergibt sich aus der Tatsache, daß jedes Notstandsgebiet seinen Charakter aus Strukturfehlern erhält, also aus Ursachen, die auf das Ganze und seine verschiedenen Teile in gleicher Weise wirken und nicht isoliert stehen und isoliert bekämpft werden können. Und aus der Tatsache, daß wesentliche Momente für die Bildung neuer Notstandsgebiete allgemeine Kriegsfolgen darstellen, folgt auch ein regionaler Austausch der Sanierungsmöglichkeiten von einem Umfang, wie er früher nicht bekannt gewesen ist. Wohl kannte man schon die Behebung von Notständen in einem Gebiete durch Entwicklung eines aktivierbaren Nachbargesbietes oder auch nur einer benachbarten Stadt, die Ansatzpunkte für neue Industrien bot. Aber die Verhältnisse nach dem zweiten Weltkrieg haben zu Fernwirkungen der Sanierung geführt. Das ist für Deutschland etwas Neues. Man kann den Notstand in einem Gebiete mildern oder gar beseitigen durch Investitionen in einem ganz anderen, nicht benachbarten, nicht zu den notleidenden Gebieten gehörenden Land. Wenn man es einmal pointiert ausdrücken will: Sanierung von Schleswig-Holstein durch Wohnungsbau in Nordrhein-Westfalen. Im einzelnen wird auf dieses Problem noch zurückzukommen sein. Ganz allgemein handelt es sich um die Erleichterung der wirtschaftlichen und sozialen Notlage in den Passivräumen durch bewußte Förderung der Aktivräume. Weil die Sanierung der deutschen Notstandsgebiete eine Aufgabe des strukturellen Neubaues der deutschen Wirtschaft ist, sind Mittelart und Mitteleinsatz strukturell und regional von der Gesamtproblematik bestimmt und nicht einseitig lokalisiert.

Wenn man sich dieser Überlegungen voll bewußt ist, kann sich nie die in der Öffentlichkeit so sehr vereinfachte Alternative in den Mittelpunkt aller Entscheidungen drängen, ob man nämlich im Zuge der Sanierung die Menschen an die Arbeit oder die Arbeit an die Menschen bringen sollte. Diese Frage ist nicht neu. Sie wurde beispielsweise ebenso primitiv und extrem diskutiert, als es sich darum handelte, wo in den dreißiger Jahren und auch noch zu Anfang des zweiten Weltkrieges die neuen Rüstungswerke und ihre

Zuliefererbetriebe aufgebaut bzw. belassen werden sollten. Sollte man, um ein konkretes Beispiel zu nehmen, Arbeitskräfte aus dem Erzgebirge abziehen und in die mitteldeutschen Industriezentren verpflanzen, um dann die ganze Fertigung an Ort und Stelle vereint zu haben, oder sollte man die räumliche Trennung in Kauf nehmen und die Arbeiter an ihrem alten Wohnort beschäftigen? Diese Fragen, damals mit Hilfe von Dienstverpflichtungen und anderen Mitteln zwangswirtschaftlicher Art lösbar, konnten schließlich auch nicht mit einem ganz eindeutigen und einseitigen Urteil entschieden werden. Und heute taucht die Alternative in neuer Form vor allem in der Entscheidung auf: Umsiedlung oder Industrialisierung in den übevölkerten Räumen. Nachdem lange Zeit die Umsiedlung an erster Stelle gestanden hat, hat jetzt in der Diskussion und wirtschaftspolitischen Planung nach den Schwierigkeiten der Umsiedlungsaktion, die nicht so rasch entlastend wirken konnte, wie man irrtümlich gehofft hatte, die Frage des wirtschaftlichen Ausbaues, d. h. also der Industrialisierung in den notleidenden Gebieten, den bevorzugten Platz eingenommen. Nun gehören zwar nach den elementaren Sätzen der Nationalökonomie Kapital und Arbeit und der Produktionsfaktor Natur zusammen, um produzieren zu können. Aber es wäre eine sehr primitive Art, die vor allem gegenüber den so mannigfaltigen Aufgaben des praktischen Lebens versagen müßte, wollte man dieses Zusammenwirken in so einfachen grundsätzlichen Entscheidungen regeln. Menschen und Arbeit müssen zusammengebracht werden; wo das geschieht, ist eine Tatfrage, die von vielen Momenten bestimmt wird. Im Grunde ist also jene Alternative falsch gestellt und führt bloß in die Irre. Bedauerlicherweise hat sie einige Nachteile im Gefolge gehabt. Daß man nämlich anfangs sehr einseitig auf die Umsiedlung blickte, hat den Blick für industrielle Chancen, die damals eher als jetzt gegeben waren, getrübt. Stellte man sich vor einiger Zeit die Sanierung im Wege der Umsiedlung zu leicht vor — denn die Enttäuschung, die heute über den Stand der Umsiedlungsaktion herrscht, kommt doch in erster Linie aus einer Unterschätzung der Aufgabe —, so besteht jetzt die Gefahr, daß man die Möglichkeiten einer Industrieaufsiedlung als zu einfach ansieht und daß das bequeme Wort von der Arbeitsorientierung der Industrien in den deutschen Mittelgebirgen die Schwierigkeiten vertuscht. Da viele, vor allem die alten Notstandsgebiete, in Mittelgebirgen wie Bayerischer und Oberpfälzer Wald, Frankenwald, Rhön, Vogelsberg, Westerwald, Hunsrück, Eifel, Schwarzwald liegen, mißt man dem Argument der Arbeitsorientierung der Mittelgebirgsindustrien eine große Bedeutung zu. Dabei hat schon längst ein so genauer Kenner dieser Materie wie Johannes Müller davor gewarnt, die Bedeutung der sachlichen Standortfaktoren für die Industrie der deutschen Mittelgebirge zu unterschätzen. Er kam zu der gewiß zutreffenden Feststellung, daß Erzgebirge und Thüringer Wald, die gewöhnlich als

charakteristische Beispiele für das industrielle Leben der deutschen Mittelgebirge angeführt würden, alles andere als charakteristisch seien, daß sie vielmehr eine Sonderstellung einnehmen. Er meinte dies nicht so, daß sie einen Gegensatz zu den übrigen Gebirgen bildeten, wohl aber, daß sie in ihrer Industrialisierung gewissermaßen den Idealtyp darstellten, hinter dem die anderen deutschen Mittelgebirge mehr oder weniger zurückblieben, manche von ihnen sogar in einer Weise, daß beinahe doch von völlig abweichenden Verhältnissen gesprochen werden müßte. Aufgebaut ist jedenfalls die Industrie in den deutschen Mittelgebirgen, historisch gesehen, auf sachlichen Standortsfaktoren, und auch heute noch spielt dieser Faktor eine nicht zu kleine Rolle. Es wird an einer späteren Stelle der Ausführungen noch einmal nötig sein, auf diesen Punkt zurückzukommen.

DER BEVÖLKERUNGS AUSGLEICH

Nun spielt zweifelsohne von allen Maßnahmen, um eine allgemeine Sanierung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in der Bundesrepublik herbeizuführen, die Herstellung eines tragbaren Bevölkerungsausgleichs die bedeutendste Rolle. Das kommt, wie eingangs gezeigt wurde, auch in den Überlegungen der Bundesressorts zum Ausdruck. Ein Bevölkerungsausgleich kann aber nicht so verstanden werden, als ob überall die gleiche Bevölkerungsdichte pro qkm gegeben sein müßte. Ballungsräume wird es immer geben, und sie werden ein viel größeres Gewicht in der Bundesrepublik als im alten Reich besitzen. Die räumliche Unausgeglichenheit der Bundesrepublik beruht ja gerade darauf, daß sie den bedeutendsten europäischen Ballungsraum im Ruhrgebiet besitzt. Die Umsiedlung im Zuge des Bevölkerungsausgleichs, da sie Bevölkerung von vorwiegend agrarischen Gebieten abzieht, potenziert also zwangsläufig das Gewicht der Ballungsräume. Man mag das verwünschen, aber es ist unabwendbar.

Das Institut für Raumforschung hat in verschiedenen Denkschriften, Gutachten und sonstigen Veröffentlichungen sowohl zu den Fragen des Bevölkerungsausgleichs als auch zu seinem wichtigsten Bestandteil, der Umsetzung der Flüchtlinge, Stellung genommen. Daß diese wohl größte Aufgabe beim Neubau der deutschen Sozial- und Wirtschaftsstruktur eine Bundesaufgabe ist, ist unbestritten. Auch wird man heute einsehen, zumal nach den verschiedenen Mißerfolgen der behördlich gelenkten Umsiedlung in regionaler Hinsicht, daß der Trend der freien Binnenwanderung als Richtschnur zu gelten hat, daß also auch die behördlichen Maßnahmen sich dem allgemeinen Zug von den überbelasteten, passiven Räumen in die großen Aktivräume anzupassen haben.

Auf die besondere Situation der Notstandsgebiete angewendet, bedeuten die allgemeinen Erkenntnisse aus Verlauf und Erfolg der bisherigen freien Binnenwanderung und behördlich gelenkten Umsiedlung folgendes. Es kann nicht der Sinn der behördlich gelenkten

Umsiedlung sein, Flüchtlinge von einem Notstandsgebiet in ein anderes umzusetzen. Ganz konkret: von Schleswig-Holstein in die Eifel. Wenn man die oben skizzierten Gedanken weiterverfolgt, kann eine gelenkte Umsiedlung nur regional entsprechend der freien Wanderung erfolgen, d. h. von Passivraum zu Aktivraum, aber nicht aus Land A nach Land B. Der Gefahr, Flüchtlinge bei der Umsetzung wieder in Notstandsgebiete zu verlagern, entgeht man nur, wenn man sich auch in der technischen Durchführung von dem Länderprinzip emanzipiert und dem Raumprinzip anschließt. Die bisherigen Umsiedlungsaktionen haben in dieser Frage Fehler gemacht. Daß sie schließlich, so weit möglich, von der freien Binnenwanderung korrigiert worden sind, ist ein Vorzug der freien Wirtschaft.

Da diese Fragen besonders für das Notstandsgebiet Schleswig-Holstein von größter Tragweite sind, ist es an dieser Stelle angebracht, die besondere Situation dieses Landes zu charakterisieren. Schleswig-Holsteins ehemalige industriewirtschaftliche Position ist durch den Krieg in ihren wichtigsten Fundamenten zerschlagen worden. Sie beruhte auf eigentlicher Rüstungswirtschaft mit Zuliefererbetrieben. Kriegszerstörungen und Demontagen ließen rund 130 000 industrielle Arbeitsplätze verschwinden. Dagegen ergoß sich nach Schleswig-Holstein ein gewaltiger Flüchtlingsstrom. Die Bevölkerung stieg von rund 1,6 Millionen 1939 auf rund 2,6 Millionen 1946 und betrug am 1. 1. 1950 2,7 Millionen. Große, dauernde, strukturelle Arbeitslosigkeit, soziales Elend von unvorstellbarem Ausmaß mußten die Folge sein. Da nun Schleswig-Holstein trotz seiner industriellen Ansätze ein agrarisches Land geblieben ist, besitzt es nicht die lebhaftere Regenerationskraft, die beispielsweise den industriellen Ballungsräumen eigen ist, deren wirtschaftliche Energie durch Kriegszerstörungen und Demontagen nur vorübergehend niedergebrochen war. Sobald die verschütteten Entfaltungsmöglichkeiten wieder freigelegt worden waren, haben die Ballungsräume ihren zeitweiligen Charakter als Notstandsgebiete verloren und sind die wichtigsten Aktivräume der Bundesrepublik geworden. Schleswig-Holstein hat eine solche Kraft nicht besitzen können.

Bis 1939 wäre es unvorstellbar gewesen, Schleswig-Holstein auch nur in die Nähe der notleidenden Gebiete einzuordnen. Es war ein Agrarüberschußgebiet und ähnelte in dieser Hinsicht Dänemark, ohne allerdings dessen Intensivierung in der Landwirtschaft zu erreichen. Sicherlich hätte sich, vom Standpunkt der Gegenwart aus gesehen, für Schleswig-Holstein agrarpolitisch mehr herausholen lassen. Daß ein Abstand gegenüber der unter gleichen natürlichen Bedingungen arbeitenden dänischen Landwirtschaft bestand, zeigt ja gerade, was sich hätte tun lassen, allerdings unter der Voraussetzung der weltwirtschaftlichen Ausrichtung der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft. Denn diese internationale Wendung hätte man vollziehen müssen, da die Anziehungskraft des nächsten großen

deutschen Ballungsraumes und landwirtschaftlichen Absatzmarktes in Rheinland-Westfalen an sich anders gerichtet war und Schleswig-Holstein nicht mehr erfaßte. Daß man aber diese agrarpolitische Schwenkung bei der damaligen wirtschaftspolitischen Situation nicht vollziehen konnte, lag an der Stärke, mit der sich die ostelbischen Agrarinteressen durchsetzen konnten, die mit den wohlverstandenen Interessen Schleswig-Holsteins nicht in Einklang zu bringen waren. Ostelbien ging auf Schutzzoll und Abkehr vom Weltmarkt, nicht auf Freihandel aus.

Beide Momente, die industriewirtschaftliche Demontage und eine gewisse Fehlentwicklung in der Landwirtschaft, haben die mit der Flüchtlingsüberflutung hereinbrechende Notlage Schleswig-Holsteins verschärft. Zwar haben sich die agrarischen Verhältnisse unter dem Druck jener Ereignisse gewandelt. Schleswig-Holstein hat versucht, eine größere landwirtschaftliche Bevölkerung als 1939 zu halten, und es ist ihm das auch durch Umstellungen in der Landwirtschaft möglich gewesen. Die Zahl der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft ist, zum Teil durch stärkere Betonung des arbeitsintensiven Hackfruchtanbaues, in Schleswig-Holstein gegenüber der Vorkriegszeit von allen Ländern der Bundesrepublik am meisten gestiegen. Aber diese Möglichkeiten sind eng begrenzt. Eine Erleichterung in größerem Umfang kann nur im Zuge eines industriellen Wiederaufbaues und Ausbaues erfolgen. Aber es ist in kürzerer Frist unmöglich, von der Industrialisierung Schleswig-Holsteins die Lösung seines Flüchtlingsproblems und damit die Beseitigung seiner entscheidenden Notstandsursache zu erwarten. Es bleibt als wichtigster Ausweg nur die Umsiedlung übrig. Und hier machen sich Versäumnisse der letzten Jahre geltend.

Durch freie Wanderung und gelenkte Umsiedlung ist die Bevölkerung Schleswig-Holsteins von 2,7 Millionen bis Mitte des vergangenen Jahres auf etwa 2,5 Millionen zurückgegangen. Damit liegt sie zwar unter dem bei der Volkszählung von 1946 ermittelten Stand, aber dennoch weit über der Bevölkerung von 1939. Nach Berechnungen, die im Institut für Raumerforschung angestellt worden sind, müßten noch rund 630 000 Menschen aus Schleswig-Holstein abgezogen werden, teils in behördlich gelenkter Umsiedlung, teils in freier Wanderung. Die Schwierigkeiten der behördlich gelenkten Umsiedlung, auch das haben Untersuchungen aus dem Institut für Raumerforschung nachweisen können, bestehen vor allem darin, daß die aktiven Elemente unter den Flüchtlingen in großem Umfang teils durch die behördliche Umsiedlung, teils durch freie Wanderung das Land verlassen haben und nun die durch wirtschaftliche, soziale und psychische Momente beim Start behinderten Gruppen in die Umsetzung einbezogen werden müssen. Das sind aber gerade die Gruppen, die den Notstandscharakter Schleswig-Holsteins besonders ausprägen und bei ihrem Verbleib im Lande zu einem Dauerzustand werden lassen. Erwerbsschwache und Erwerbsbe-

schränkte, Jugendliche, Halbfamilien, um einmal anzudeuten, welche Einzelgruppen u. a. hier in Betracht kommen können, finden in einem industriell vielseitig und hoch entwickelten Ballungsraum am ehesten Erwerbs- und Ausbildungsmöglichkeiten, die ihnen Schleswig-Holstein in der Breite auch bei forciertem Industrieausbau nicht bieten kann. Es ist allgemein bekannt, daß in Nordrhein-Westfalen Chancen für diese Umsiedlungsgruppen bestehen, deren Verwirklichung aber entscheidend von dem Vorhandensein von Wohnraum für die Umsiedler abhängt. Erst die Bereitstellung von neuem Wohnraum für die Zuwanderer in den Aktivräumen bringt die bei ihnen gegebenen Arbeitschancen voll zum Tragen, wofür wiederum Investitionen von Wohnbaumitteln in den Aufnahmegebieten nötig sind. In diesem Sinne ist jene eingangs erwähnte Formulierung zu verstehen, daß die Sanierung Schleswig-Holsteins vom Wohnungsbau in Nordrhein-Westfalen abhängt.

Wanderung und Wohnungsbau gehören also untrennbar zusammen, das ist für alle Sanierungsmaßnahmen der Notstandsgebiete, sofern sie sich auf den Bevölkerungsausgleich erstrecken, festzuhalten. Daß es an der nötigen Koordinierung öfter gefehlt hat, sachlich wie zeitlich, ist die Hauptursache dafür, daß aus der bisherigen Umsetzung nicht mehr herausgeholt werden konnte. Allerdings darf man von ihr auch nicht Unmögliches verlangen. Die gegenwärtige Diskussion dieser Fragen ist nicht selten ungerecht und sachlich nicht fundiert. Da die Umsiedlung ja nicht nur einen Ortswechsel, sondern eine wirkliche Eingliederung bedeuten soll, ist damit auch schon gesagt, daß es sich um einen länger dauernden Einschmelzungsprozeß handeln muß. Ferner sind die in der Öffentlichkeit wegen ihrer Nichterfüllung diskutierten Jahresquoten politische Quoten. Sie sind zu einer Zeit erstmalig fixiert worden, als man schlechterdings noch keine Erfahrung haben konnte, was jährlich an behördlich gelenkter Umsiedlung zugemutet werden konnte, und sie sind auch später politisch festgesetzt worden. Den Überblick über den tatsächlichen Verlauf der freien Wanderung, der für die amtliche Umsiedlung, will sie Erfolg haben, entscheidend ist, konnte die amtliche Statistik erst später ermitteln und bekannt geben. Und schließlich berücksichtigt die Kritik vielfach nicht die Phasenverschiebung, die beispielsweise zu der gering erfüllten Quote von 1951 den Umsiedlungsrückstand von 1950, der 1951 umgesiedelt wurde, nicht hinzugezählt hat.

Aber nicht nur für Schleswig-Holstein, auch für andere Notstandsgebiete wie den Bayerischen Wald, die Rhön, Nordhessen, um nur einige besonders markante Beispiele zu nennen, ist die Umsiedlung ein wichtiges Sanierungsmittel. Natürlich handelt es sich hier um andere Größenordnungen als bei Schleswig-Holstein. Aber der Bayerische Wald, der 1939 nur etwa zwei Dritteln seiner Bevölkerung eine ausreichende Existenzmöglichkeit bieten konnte und nach 1945 durch den Flüchtlingseinstrom eine Bevölkerungszunahme

von 33% aufwies, kann trotz industriellen Aufbaus nur durch einen teilweisen Abzug der Überbevölkerung entlastet werden. Es sind das Maßnahmen, die vielfach von den Ländern allein geplant und durchgeführt werden können, wie etwa der viel genannte Hessen-Plan eine innere Sanierung durch einen Bevölkerungsausgleich von dem Notstandsgebiet Nordhessen nach dem Ballungsraum Frankfurt-Wiesbaden versuchen möchte. Inwieweit hierfür Bundesmittel nötig sind, ist eine andere Frage. Ob aber nun Schleswig-Holstein oder Bayerischer Wald oder Nordhessen, in allen diesen Fällen wird das eintreten, was vorher als regionale Substitution der Sanierungsmöglichkeiten bezeichnet wurde. Fernere Aktivräume helfen durch Aufnahme der unter keinen Umständen tragbaren Überbevölkerung der Notstandsgebiete. Daß von diesem Blickpunkt aus auch die Frage industrieller Aufstockung aktivierbarer Räume, etwa im Südwesten der Bundesrepublik, gesehen werden sollte, sei noch angemerkt. Eine industrielle Belegung in Baden würde nicht nur diesem Lande Nutzen stiften, sondern könnte, auch durch die damit zu schaffenden Aufnahmemöglichkeiten für Flüchtlinge den fernen Notstandsgebieten an der Küste bei der Wiederherstellung gesunder Verhältnisse helfen. Wer die Sanierung seines Landes oder seiner Landschaft, die Notstandsgebiet ist, ernsthaft will, darf seinen Blick nicht an deren Grenzen Halt machen lassen und glauben, alle verfügbaren Mittel müßten nur in seinem Notstandsgebiet unmittelbar investiert werden. Mit einer so eng begrenzten Auffassung kann er seinem Gebiet sogar schaden.

HEBUNG DER PRODUKTIONSKRAFT

Bewußt sind die mit der Umsiedlung in ihren verschiedenen Bezügen verbundenen Aufgaben in den Vordergrund gestellt worden. Sie sind das erste Anliegen jeder Politik, die die Notstandsgebiete sanieren will. Und es sind die modernen Aufgaben, die in dem Umfang früheren Versuchen fremd waren. Alt sind dagegen alle Maßnahmen, durch Hebung der wirtschaftlichen Kraft der Notstandsgebiete ihre Gesundung herbeizuführen. Da die Notstandsgebiete überwiegend Agrargebiete sind, liegt nichts näher, als mit der Hebung der agrarischen Produktivkraft ihre Gesundung zu beginnen. Welche engen Grenzen einem solchen Versuch etwa in Schleswig-Holstein gezogen sind, wurde bereits angedeutet. Doch gibt es auch Gebiete, in denen die Erfolgchancen für die Gesamtheit des Notstandsgebietes größer sind. Die Notstandsgebiete sind oft als agrarische Gebiete mit geringer landwirtschaftlicher Marktleistung bezeichnet worden. Die Ursachen hierfür sind sehr verschieden. Für die Rhön sind beispielsweise anzuführen: flache, steinige Ackerkrume, durch Erbteilung bedingte starke Parzellierung des Bodens, schlechte Wirtschaftswege, überhohe Bodenpreise durch den Landhunger der Bevölkerung. Die Auswanderung nach Amerika ist in der Rhön sehr stark verbreitet; diese Auswanderer, die „Amerikaner“, kehren später mit

ihren Ersparnissen in die Heimat zurück, um dort ein Grundstück zu erwerben. Dabei werden die Bodenpreise in die Höhe getrieben. Vor dem letzten Weltkrieg ist es nicht selten gewesen, daß der Hektar Land in der Rhön mit 5 000 bis 6 000 RM bezahlt wurde bei einem Einheitswert von ungefähr 500 RM. Daß bei solchen Tatbeständen unter normalen wirtschaftlichen Verhältnissen an eine Rentabilität nicht zu denken ist, braucht nicht besonders ausgeführt zu werden. Infolgedessen haben derartige Betriebe eine geradezu ungeheuerliche Verschuldung aufzuweisen gehabt. Eine repräsentative Untersuchung von 1932 weist pro ha landwirtschaftlich genutzter Fläche eine Verschuldung von 1 326 RM in der Rhön auf, gegenüber 537 RM im bayerischen Durchschnitt. Die Verhältnisse liegen in den anderen südlichen und westlichen Notstandsgebieten der Bundesrepublik bei den Gebirgsbauern ähnlich, und fast alle Vorschläge zur Gesundung beginnen mit der Forderung, die Flurbereinigung durchzuführen, weil sie die Voraussetzung für alle weiteren Maßnahmen wie Meliorationen, bessere Erschließung der Gemarkungen, wirksame Bekämpfung der Erosionsgefahren, Entschuldung und Sanierung der Kreditverhältnisse ist. Für die norddeutschen Notstandsgebiete treten andere Aufgaben in den Vordergrund: Neukultivierung von Mooren und Odländereien, Wasserschutzbauten, Eindeichungen, Landgewinnungsarbeiten, Windschutzanlagen und Ansiedlung durch Flüchtlingsbauern, Einführung von neuen Kulturen u. ä.

Doch war es schon früher bei den Diskussionen über die Aufhebung der alten Notstandsgebiete der Mittelgebirgsbauern zu einer Art *communis opinio* geworden, daß den Maßnahmen auf dem landwirtschaftlichen Sektor andere auf dem Gewerbegebiete parallel gehen müßten, sei es, um dem bäuerlichen Proletariat eine zusätzliche Erwerbsquelle zur Landwirtschaft zu geben, sei es, um die überschüssige Landbevölkerung in dem Gewerbe unterzubringen und damit den landwirtschaftlichen Betrieb von seinem Überbesatz zu entlasten. Denn eine fühlbare Entlastung vom Bevölkerungsüberdruck konnte damals nur in der Industrialisierung gesehen werden, und heute steht sie nach dem Bevölkerungsausgleich an zweiter Stelle der Sanierungsmaßnahmen. Allerdings wird man heute die Industrialisierung der Notstandsgebiete in besonders engem Zusammenhang mit dem Bevölkerungsausgleich, insbesondere der behördlich gelenkten Umsiedlung sehen müssen. Leider hat man, wie schon angedeutet, beide Maßnahmen nicht von allem Anfang an klar als Parallelen gesehen und in Einklang gebracht, hat man bei der Umsiedlung nicht genügend darauf geachtet, die für einen industriellen Neubau nötigen Unternehmer und Facharbeiter im Notstandsgebiet in ausreichender Menge zurückzubehalten. So hat vielfach ein Ausverkauf der Notstandsgebiete an Facharbeitern stattgefunden, und ihnen ist der Rest verblieben, der schwerbeweglich, müde, erwerbsschwach oder erwerbsbeschränkt ist. Die Notstandsgebiete haben die Pio-

niere verloren, die für die Ballungsräume nicht die ausschlaggebende Bedeutung haben, während der in den Notstandsgebieten verbliebene, weniger gut einzusetzende Rest in den Ballungsräumen immer noch gut hätte verwendet werden können. So könnte man in überspitzter Form den Vorgang etwa bezeichnen.

Als Standorte für neue Industrien kommen einmal Mittelgebirge, ferner Küstengebiete in Frage. Wesentlich erscheint, daß ein wichtiger Ballungsfaktor fehlt: große Kohlenvorkommen. Man muß also bei den Überlegungen davon ausgehen, daß solche Industrien aufgebaut werden, die nicht unmittelbar der Kohle aufgelagert zu sein brauchen. Da es weiter vor allem darum geht, einer zusätzlichen Bevölkerung Erwerbsmöglichkeiten zu bieten, möchten die neuen Industrien betont arbeitsintensiv und, da allgemein das Kapital teuer und nicht leicht zu beschaffen ist, nicht besonders kapitalintensiv sein. Gewisse Ansätze bieten während des Krieges verlagerte Betriebe. In dieser Hinsicht ist das Vorgehen von Siemens in der Rhön interessant, der seinem schon dort befindlichen Betrieb in Bad Neustadt/Saale jetzt in Bad Brückenau einen zweiten zugesellt. Doch die große Chance für die industrielle Aufsiedlung der Mittelgebirge war mit dem Einströmen der Flüchtlinge gegeben. Die sudetendeutschen und schlesischen Flüchtlinge kamen vielfach aus stark industrialisierten Mittelgebirgen. Lag nicht die Vorstellung nahe, sie gewissermaßen von einem Mittelgebirge ins andere zu versetzen und dort wieder das weiterarbeiten zu lassen, was sie einst in ähnlicher Umgebung in der alten Heimat geleistet haben? Nun ist Mittelgebirge nicht gleich Mittelgebirge, und Johannes Müller, der den Sonderfall des Erzgebirges und Thüringer Waldes so sehr betont hat, weist mit Nachdruck darauf hin, daß industrielles Leben auf den Mittelgebirgen dort am intensivsten geworden ist, wo besonders hervorragende industrielle Fähigkeiten Schwierigkeiten mittleren Umfangs gegenübergestanden haben, so auf dem Erzgebirge, dem Thüringer Wald und den südwestfälischen Gebirgen. Derartige Verhältnisse sind nun aber auf der Rhön, der Eifel, dem Bayerischen Wald nicht gegeben. Vielleicht haben die Sudetendeutschen Bedingungen gehabt, die denen des sächsischen Erzgebirges und des Thüringer Waldes mehr entsprachen. Jedenfalls haben sie dann recht verschiedene Mittelgebirgslandschaften in der Bundesrepublik kennengelernt. Aber läßt man einmal alle diese Erwägungen beiseite, so ist es leider schon in vielem zu spät. Wesentliche Teile der Flüchtlingsindustrien haben in anderen Räumen, nicht zuletzt in Aktivräumen wie Württemberg oder Nordrhein-Westfalen, ihren neuen Standort gefunden. Sie sind auch keineswegs alle aufs Land gezogen, sondern haben vielfach die Großstädte aufgesucht. In Nordrhein-Westfalen liegt beispielsweise der lokale Schwerpunkt der Flüchtlingsindustrien eindeutig bei den Großstädten, und wenn auch in Bayern das Schwergewicht in den unteren Gemeindegrößenklassen bis zu 10 000 Einwohnern zu finden ist, so ist damit noch nicht gesagt,

daß diese Flüchtlingsbetriebe bevorzugt in bayerischen Notstandsgebieten sich angesiedelt hätten. Das ist ganz und gar nicht der Fall. Jedenfalls sind die Flüchtlingsindustrien zum überwiegenden Teil keine schwebenden Industrien mehr, die erst ihren Standort suchen müßten. Sie besitzen ihn bereits und werden ihn so leicht nicht wieder aufgeben. Man muß ihnen also schon etwas bieten, will man sie als Industriepioniere in die Notstandsgebiete ziehen. Um so nachdrücklicher ist aber zu prüfen, welche industriellen Ansätze seitens der Flüchtlinge in den Notstandsgebieten schon wieder notleidend geworden sind, etwa im Bayerischen Wald, aber im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung des Gebietes gehalten werden müssen. Das ist eine Frage, für deren Beantwortung man auch die weltmarktwirtschaftlichen Möglichkeiten der betreffenden Industrie nicht übersehen darf.

PLANUNG UND PHANTASIE

In diesen wie in allen anderen Fällen der Stützung wie der Neuerrichtung von industriellen Betrieben in Notstandsgebieten wird eine sorgfältige Planung notwendig sein, die aber auch ein gewisses Maß von Phantasie entfalten muß und nicht ängstlich an alten Schemata hängen bleiben darf. Die industriewirtschaftliche Entwicklung Wilhelmshavens ist ein sehr instruktives Beispiel dafür, was sich aus Neuland herausholen läßt. Vielseitigkeit, Ausnutzung aller besonderen lokalen Möglichkeiten und Anpassung an die weltmarktwirtschaftlichen Chancen sind die Erfordernisse des industriellen Neubaues, der darauf abgestellt sein sollte, hochwertige Exportgüter zu erzeugen.

Industriewirtschaftliche Intensivierung und Umsiedlung sind die beiden entscheidenden Mittel zur Sanierung der Notstandsgebiete. Sie bedürfen zu ihrem Gelingen noch zusätzlicher Maßnahmen. Was für die Umsiedlung der Wohnungsbau ist, ist für die Industrialisierung der Ausbau von Verkehrsmöglichkeiten. Hier wird es, das zeigen alle einzelnen Pläne und Vorschläge ganz deutlich, zuerst auf einen Ausbau des Straßennetzes ankommen. Der Bau neuer Eisenbahnlinien taucht wohl auch hier und da in den Plänen auf; aber insgesamt kommt es bei der Eisenbahn auch in diesem Falle nicht so sehr auf den Bau neuer Strecken, sondern auf die Verfeinerung des Tarifsystems an. Wichtig ist dagegen die Verdichtung des Straßennetzes, um neue industrielle Niederlassungen oder die Erweiterung schon bestehender zu ermöglichen und um die Arbeitskräfte aus den entfernter liegenden Dörfern heranzuholen. Ein größerer Pendelverkehr wird sich in Notstandsgebieten vielfach nicht vermeiden lassen. Auch hier haben sich öfter sehr allgemeine Urteile breit gemacht, die der Bedeutung des Pendelverkehrs nicht gerecht werden. Der Pendelverkehr spielt in der Beurteilung oft dieselbe Rolle wie die Heimarbeit, auch sie ist eine häufige Erscheinung der Notstandsgebiete. Man hat früher die Heimarbeit geradezu als soziales Elendsmerkmal angesehen, und mit dem Pendelverkehr geschieht es manchmal ebenso, da man neben den schädlichen Einflüssen die guten Seiten völlig vergißt.

Nur in großen Zügen konnten die Aufgaben und Möglichkeiten einer Sanierung der deutschen Notstandsgebiete hier behandelt werden. Und nur auf die Hervorhebung der wesentlichen Hilfsmaßnahmen konnte es ankommen, Maßnahmen, die auf Schaffung von

auskömmlichen Dauerexistenzen ausgehen. Denn Notstandsmaßnahmen, die nur Arbeitslosen Beschäftigung überhaupt bringen wollen, „damit sie nicht auf der Straße liegen“, sind keine Sanierung, sie sind vielmehr eine Fehlleitung von Kapital.

Summary: The German Distressed Areas: a Task for Territorial Planning. Restoration of the German distressed areas is a two-fold task in that it is partly structural and partly regional. The distressed areas are to be incorporated in the fabric of the overall economy which would be a matter for general social and economic policy; then it will have to be decided what regional centres of gravity are to be formed and what areas are to be developed which would be a matter for territorial planning. The torso which makes up the Federal Republic shows profound changes as against the pre-war years so that all efforts at a new socio-economic set-up can only be of a provisional nature. To the classical symptoms of distressed areas have been added a number of new characteristics which allow for a classification by areas newly distressed by overpopulation after the war, areas weakened in their economic functions by damages, and backward agricultural areas. As the restoration of German distressed areas is a part of the reconstruction of the overall economic structure, the relevant policy is determined, structurally as well as regionally, by the overall problems. Hence, it would be misleading to reduce matters to the simple alternative whether industry should be established where there is manpower. A certain amount of resettlement is no doubt the most important of all measures. But it cannot be the meaning of resettlement programmes to transplant refugees from one distressed area into another. Even a planned resettlement must follow the direction of free migrations from passive areas to active areas. But then, resettlement programs must be closely coordinated with raising the productive capacity of the distressed areas by increasing agricultural production and by industrialization so that the emigration of manpower required for these tasks can be prevented. All measures of assistance call for thorough planning and for a certain amount of imagination, but not for scrupulously adhering to the old routine.

Résumé: Les régions de détresse allemandes — tâche géopolitique. L'assainissement des régions de détresse allemandes exige la réorganisation et structurelle et régionale. Il faut intégrer ces régions dans l'ensemble de l'économie allemande, ce qui est affaire de la politique sociale et économique. En plus il faut décider des centres de gravité territoriaux à former et des régions à développer, ce qui est affaire de la géopolitique. Le torse que représente — en comparaison avec l'avant-guerre — la République Fédérale a subi des changements aussi profonds que toutes les mesures pour une réorganisation sociale de l'économie ne peuvent être que provisoires. Les symptômes classiques des régions de détresse ont été augmentés de traits nouveaux, de façon qu'on puisse distinguer les nouvelles régions de détresse surpeuplées et aux fonctions économiques affaiblies économiques de l'après-guerre des régions agricoles arriérées. L'assainissement des régions de détresse allemandes étant une tâche de la réorganisation structurelle de l'économie allemande les méthodes et moyens à employer seront déterminés par l'ensemble des problèmes. L'alternative de diriger ou les hommes sur le travail ou le travail vers les hommes serait donc une fausse simplification. Sans doute aucun la répartition égale de la population serait la mesure la plus importante de toutes. Cependant il ne ferait pas de sens de rediriger les réfugiés d'une région de détresse sur une autre. Même la migration dirigée devrait s'adapter à la migration libre de régions surpeuplées aux régions d'absorption. Il faudrait établir des relations étroites entre la répartition égale de la population et l'amélioration de la capacité de production des régions de détresse. Ceci se ferait par l'augmentation de la production agricole et par l'industrialisation; donc il ne faudrait pas laisser partir la main-d'œuvre nécessaire. Toutes ces tâches d'assistance demandent une planification méticuleuse, mais aussi de l'imagination afin de ne pas conserver peureusement des conceptions dépassées.

Resumen: Las regiones en estado de necesidad alemanas: una tarea para la política de espacio. El saneamiento de las regiones en estado de necesidad alemanas se divide en dos tareas parciales, una estructural y otra regional. Esas regiones deben ser incorporadas en la estructura de la economía alemana, lo que constituye una cuestión de política económica y social en general y hay que determinar los núcleos de gravitación y las regiones que deben ser desarrolladas, lo que constituye una tarea de la política de espacio. El torso, que constituye la República Federal, acusa cambios radicales en comparación con la anteguerra, de manera que todas las medidas tomadas para una reconstrucción de la economía social, solamente pueden tener un carácter provisional. Los síntomas clásicos de las regiones en estado de necesidad fueron aumentados por una serie de nuevas señales características que hacen posible una división entre las regiones en estado de necesidad superpobladas debido a la guerra, las regiones destruidas, debilitadas funcionalmente y las regiones agrarias de desarrollo retardado. Al ser el saneamiento de las regiones en estado de necesidad alemanas una tarea de la reconstrucción estructural y regional de la economía alemana, los medios estructurales y regionales son determinadas por la problemática general. Por eso, la simple alternativa si se debe acercar el trabajo a los hombres, o los hombres al trabajo, resulta un descamino. No cabe duda de que entre todas las medidas, la compensación de la población desempeña el papel predominante. Sería contrario al sistema sano de migración trasladar refugiados de una región en estado de necesidad a otra. También la migración dirigida debe, de acuerdo con la migración libre, hacerse del espacio pasivo al espacio activo. Estrechamente ligado con la compensación de la población es el fenómeno de la capacidad productiva de las regiones en estado de necesidad, lo que puede conseguirse por un aumento de la producción agropecuaria y la industrialización, impidiendo la emigración de la necesaria mano de obra. Para todos los posibles casos de asistencia se necesitará una planificación cuidadosa y cierto grado de fantasía, para que no se quedase suspendido en antiguos esquemas.